



Regierungsratsbeschluss vom 21. September 2021

Kantonale Volksinitiative "für ein klimagerechtes Basel Klimagerechtigkeitsinitiative"

P201436

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Ratschlag an den Grossen Rat.

Begründung

Der Regierungsrat unterbreitet dem Grossen Rat einen Gegenvorschlag zur kantonalen Volksinitiative «für ein klimagerechtes Basel (Klimagerechtigkeitsinitiative)». Das in der Initiative verlangte Ziel, die Treibhausgasemissionen im Kanton Basel-Stadt in allen Sektoren bis 2030 auf Netto-Null zu senken, ist in unserem demokratischen System in so kurzer Zeit kaum möglich und nur mit drastischen Massnahmen erreichbar. Der Regierungsrat schlägt deshalb vor, das Netto-Null-Ziel auf 2040 festzulegen. Die kantonale Verwaltung soll hingegen eine Vorreiterrolle einnehmen und ihre Treibhausgasemissionen bereits bis 2030 auf null senken. Diese Ziele sind ambitioniert, aber im Gegensatz zu den Forderungen der Initiative erreichbar. Sie sind volkswirtschaftlich und ökologisch sinnvoll und geben dank dem längeren Planungshorizont allen Stakeholdern Sicherheit für künftige Investitionen.

